

Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Energie, Natur- und
Umweltschutz
von Donnerstag, 12.12.2019,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:49 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Jens Marco Scherf.

Für den in der Zeit von 15:51 Uhr bis 15:53 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Herr Harald Blankart
Herr Erwin Dotzel
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Andreas Fath
Frau Regina Frey
Herr Boris Großkinsky
Herr Peter Maurer
Frau Helga Raab-Wasse
Frau Monika Schuck
Frau Dr. Nina Schüssler
Herr Matthias Ullmer
Herr Roland Weber
Herr Günther Winkler
Herr Frank Zimmermann

Entschuldigt gefehlt haben:

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Feil, Abt. 1
Frau Goldschmitt, SG 11
Frau Heim, SG 22
Herr Randig, Klimaschutzmanager
Herr Strüber, SG 11
Herr Wosnik, UB 5
Frau Zipf-Heim, B 1.1

Schriftführerin

Tagesordnung:

- 1 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- 2 Öffentlichkeitsarbeit - Einführung eines digitalen Abfallkalenders
- 3 Müllhaushalt 2020
- 4 Vorstellung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 der Kommunalen Abfallwirtschaft – Betrieb gewerblicher Art
- 5 Beschaffung von Diesel für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises Miltenberg – Ermächtigungsbeschluss
- 6 Bericht des Energiemanagements
- 7 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung

Frau Heim trägt vor, dass der Ausschuss für Energie-, Natur- und Umweltschutz in seiner nichtöffentlichen Sitzung am 17.10.2019 folgende Beschlüsse fasste:

Mitbenutzung der Kreismülldeponie Guggenberg, DK II- Deponie, durch den Landkreis Main-Spessart im Rahmen der Nothilfe

Der Landkreis Main-Spessart hatte mit Schreiben vom 27.06.2019 darum gebeten, im Rahmen der Nothilfe auf der Kreismülldeponie Guggenberg, DK-II-Deponie, für ca. zwei bis vier Jahre ab spätestens Anfang 2020 Asbestzement- und KMF-Abfälle ablagern zu dürfen, da die Deponie Karlstadt nicht mehr genügend Ablagerungskapazität für großformatige Abfälle besitzt.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz stimmte in seiner Sitzung am 17.10.2019 im Rahmen der Nothilfe der Ablagerung von Asbestzement- und KMF-Abfälle aus dem Landkreis Main-Spessart auf der Kreismülldeponie Guggenberg, DK-II-Deponie, für die Zeit vom 01.12.2019 bis 31.12.2021 zu. Außerdem ist die Anlieferung geeigneter weiterer Abfälle möglich, soweit dies zur Abdeckung der angelieferten Abfälle aus dem Landkreis Main-Spessart erforderlich ist.

Strombezug für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises für die Jahre 2020 und 2021

Der Strombezug für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises Miltenberg musste im Sommer neu ausgeschrieben werden. Der Auftrag für den Ökostrombezug wurde nach europaweiter Ausschreibung für die Jahre 2020 und 2021 an die Energieversorgung Lohr-Karlstadt GmbH & Co. KG vergeben.

Müllferntransport zum Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt

Der Vertrag mit der Fa. Werner GmbH & Co. Mülltransport KG, Aschaffstraße 7, 63773 Goldbach, vom 29.01./06.04.2016 über den Transport von Abfällen zum Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt wurde zum dritten und damit letzten Mal um ein Jahr verlängert und zwar für die Zeit vom 01.06.2020 bis 31.05.2021

Erfassungssystem für LVP

In seiner Sitzung am 15.07.2019 beauftragte der Ausschuss für Energie-, Natur- und Umweltschutz die Landkreisverwaltung, die flächendeckende haushaltsnahe Erfassung von Verpackungen ab 2021 abzustimmen. Dabei sollte die Erfassung von Leichtverpackungen wahlweise mittels gelbem Sack oder gelber Tonne, jeweils vierwöchentliche Abholung, ausgehandelt werden.

Am 19.11.2019 fand ein Gespräch mit der DSD GmbH statt hinsichtlich der Neuabstimmung nach § 22 VerpackG statt. Trotz intensiver Verhandlungen konnte das Verhandlungsziel „Erfassung von Leichtverpackungen wahlweise mittels gelbem Sack oder gelber Tonne“ **nicht** erreicht werden. Die LVP-Sammlung erfolgt somit weiterhin mittels gelbem Wertstoffsack, vierwöchentliche Abholung.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Öffentlichkeitsarbeit - Einführung eines digitalen Abfallkalenders

Herr Strüber erklärt dem Gremium, dass im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Müllabfuhrkalender verbessert und modernisiert wurde. Der Kalender heißt jetzt Abfallkalender und enthält neben den Terminen weitere wichtige Informationen zur Abfallwirtschaft und den Öffnungszeiten der Abfallwirtschaftsanlagen.

Der Kalender kann standortgenau von jedem Internetnutzer über die Homepage des Landratsamtes aufgerufen und generiert werden. Anschließend steht ein übersichtlicher Kalender als Download zur Verfügung. Weiterhin können die einzelnen Termine als übersichtliche Listenansicht ausgedruckt werden oder der Kalender mit und ohne Erinnerungsfunktion für Gerätekalender in Smartphones exportiert werden. Eine weitere Funktion besteht darin, dass Termine in Kalenderprogramme von PCs auch als Terminreihe abonniert werden können. Damit bleibt der Kalender am PC immer aktuell.

Im kommenden Jahr plant die Kommunale Abfallwirtschaft die Erstellung einer Abfall App mit der der Kalender direkt mobil erstellt werden kann. Neben dieser Funktionalität oder der Information über Standorte und Öffnungszeiten ist ein Abfall ABC geplant, über das gezielt eine Entsorgungsmöglichkeit zu einzelnen Abfallarten angezeigt werden kann. Eine Verbindung zu Navigationsapps führt den ortsunkundigen Nutzer so zu unseren Einrichtungen. Außerdem soll über die App die Buchung von Sperrmüll auf Abruf ermöglicht werden.

Wichtige Ereignisse (Waageneichung, Feiertagsschließungen, usw.) könnten weiterhin über Push-Nachrichten an die Nutzer gemeldet werden.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:

Müllhaushalt 2020

Frau Goldschmitt, SG 11 – Kommunale Abfallwirtschaft, trägt vor, dass das Büro Econum im Auftrag des Landkreises Miltenberg die Abfallgebühren für den Zeitraum 2020 bis 2023 neu kalkulierte. Die mit dieser Neukalkulation einhergehende Erhöhung der Abfallgebühren wurde im Oktober 2019 von ENU und Kreistag einstimmig beschlossen und tritt zum 01.01.2020 in Kraft. Auf Grundlage dieser Neukalkulation umfasst der Müllhaushalt 2020 ohne die ehemalige Klärschlammdeponie Schippach Einnahmen und Ausgaben von jeweils 14.079.355 €. Dabei stehen höheren Einnahmen durch gestiegene Gebühren sowohl im Bereich der Selbstanlieferer als auch im Behälterbereich sinkenden Erlösen bei der Wertstoffvermarktung und gestiegenen Entsorgungspreisen entgegen. Besonders stark eingebrochen sind die Erlöse bei der Papiervermarktung.

Eine weitere Änderung zu den Vorjahren ergibt sich durch eine Rechtsänderung: so darf der Nachkauf von Mülltonnen nicht mehr abgeschrieben werden, sondern wirkt sich im Jahr der Anschaffung komplett als Ausgabe aus.

Außerdem müssen für den neuen Bauabschnitt IVa/Va der Kreismülldeponie Guggenberg Rückstellungen von jährlich 73.500 Euro für die Nachsorgekosten eingeplant werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit will von der Kommunalen Abfallwirtschaft weiterhin gestärkt werden und hierfür werden 80.000 € eingeplant.

Bei einer Zuschreibung von 27.000 € in den Gebührenüberschuss ist der Müllhaushalt ausgeglichen.

Der Haushalt für die ehemalige Klärschlammdeponie Schippach schließt in Einnahmen mit 2.700 € und in Ausgaben mit 174.619 €. Die Differenz muss vom Landkreis aus allgemeinen Finanzmitteln ausgeglichen werden.

Investitionen 2020

Folgende Investitionen sind für das Jahr 2020 vorgesehen:

➤ Neubeschaffung von Transport- und Sammelcontainern:	60.000 €
➤ Erweiterung des Erfassungssystems für Elektrokleingeräte	20.000 €
➤ Anschaffungen für die KMD Guggenberg insgesamt	336.500,00 €
• Feuchtebestimmer:	3.500 €
• Elektrofahrrad:	3.000 €
• Kauf eines mobilen Rollpackers:	120.000 €
• Kaufpreis Kettenlader, der bisher angemietet ist:	140.000 €
• Ausgleichmaßnahmen für Bauabschnitt IVa/Va:	40.000 €
• Druckerhöhungsanlage für Trinkwasserversorgung	30.000 €
➤ Ausgaben Müllumladestation Erlenbach benötigt:	322.500 €
• Beschaffung Radladers: 250.000 €	
➤ Erneuerung Baggergreifer bei beiden Verladebaggern	44.500 €
• Erneuerung Abluftanlage Müllumschlaghalle: mindestens	25.000 €
• Werkzeugwagen MUS	3.000 €
➤ Datensicherheit KMD und MUS	150.000 €
	889.000 €

Die Gesamtsumme der Investitionen im Müllhaushalt belaufen sich auf 889.000 €.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz wird gebeten, dem vorliegenden Entwurf des Müllhaushalts für das Jahr 2020 einschließlich Investitionsplan zuzustimmen und dem Kreistag im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts die Annahme des Müllhaushaltes zu empfehlen.

Kreisrat Dr. Fahn begrüßt den erhöhten Finanzhaushalt und fragt, welche Maßnahmen im Einzelnen geplant seien. Zudem sei Plastikmüll im Moment eine große Herausforderung und er schlägt vor, dass das Landratsamt dieses Thema auch anpacken solle, zum Beispiel durch Plakate auf der Informationsveranstaltung.

Frau Heim erklärt, dass ein Teil des Geldes für die Weiterentwicklung des Abfallkalenders eingeplant sei. Außerdem wolle man die Flyer weiter überarbeiten. Weiterhin würden die Aufführungen des „Lari-Fari“-Theaters in Kindergärten und Schulen gefördert, da dies bei den Grundschulern und Kindergartenkindern sehr gut ankomme und damit ein Grundstein für ein späteres Umweltbewusstsein gelegt würde.

In Sachen Abfallvermeidung arbeite man momentan an einer Bilderserie, die man auch auf der Homepage veröffentlichen wolle. Dabei gehe es um Werbung für Abfallvermeidung und für Verzicht auf Kunststoff.

Landrat Scherf ergänzt, dass man im vergangenen Jahr 2019 eine Bilderkampagne mit der Schülerfirma des JEG durchgeführt habe, wobei die Bäcker- und Metzgerinnung auch mitgewirkt hätte. Auch habe man gemeinsam mit der Metzgerinnung und der Lebensmittelüberwachung getagt, um zum Thema Abfallvermeidung zu klären, unter welchen Bedingun-

gen es möglich sei, mithilfe von Tupperdosen auf Plastik zu verzichten. Mit der Bäckerinnung wolle man sich im Frühjahr 2020 nochmal zusammensetzen, da die Papiertüten auch ein unnötiger Ressourcenverbrauch seien. Zudem sei das Sportreferat des Landkreises in Kooperation mit dem Bauermarkt und unterstützt durch die Sparkasse Miltenberg-Obernburg federführend beim Einsatz des weltweit allerersten plastikfreien Absperrbandes. Die Idee entstand, da man einen komplett regionalen, fairen und plastikfreien Lauftag des Landkreises anbieten wollte. Das Absperrband werde Anfang Januar geliefert und Bestellungen würden gerne noch entgegengenommen. Die Gemeinden seien angeschrieben worden, um das Band zu unterstützen. Es sei das erste Mal weltweit, dass ein solches Absperrband produziert würde. Dieses sei aus Kartoffelstärke und somit kompostierbar, zudem produziert in Deutschland. Bei der Europäischen Woche der Abfallvermeidung, bei der vor einigen Wochen im Landratsamt aktive regionale Projekte vorgestellt worden seien, sei erkennbar gewesen, dass dies nur in einem gesellschaftlichen Miteinander möglich sei, wenn alle miteinander an einem Strang ziehen.

Kreisrat Dotzel fragt, wie sich die überproportionalen Steigerungen erklären, die auf Seite 3 der Gebührenaufstellung bei der Altholzverwertung, bei der thermischen Abfallbehandlung und bei den Post- und Fernmeldegebühren zu finden seien.

Frau Heim antwortet, dass bei der Altholzverwertung die Entsorgungspreise massiv gestiegen seien. Im Bereich Altholz seien die Anlagen alle sehr ausgelastet, weil ein großer Anteil Altholz auf dem Markt sei. Hinzu kämen das Sturm- und Käferholz. Die Preise seien im Landkreis aber immer noch günstig. Zudem sei das mit dem BKO vereinbarte Kontingent dieses Jahr komplett ausgeschöpft.

Der massive Anstieg des Kostenansatzes für „Post- und Fernmeldegebühren“ rühre zwar auch von gestiegenen Telefongebühren, sei aber hauptsächlich dem Versand der Abfallgebührenbescheide im Januar 2020 geschuldet. Durch die Änderung der Abfallgebühren müssten an alle Gebührenschuldner Gebührenbescheide verschicken werden und nicht nur, wie in den letzten Jahren, Änderungsbescheide.

Auf Nachfrage erklärt Frau Heim, dass sich die Zusammensetzung der Gesellschafter nicht geändert habe. Bei der Änderung der Entgelte suche GKS immer nach günstigen Lösungen, jedoch sei das Soll erreicht und die Entgelte steigen an. Selbst bei einem günstigen Entgelt gelte: Wenn man größere Mengen anliefern, müsse man auch mehr bezahlen.

Landrat Scherf fasst zusammen, dass das gemeinsame Ziel weniger Restmüll sei.

Kreisrat Ullmer trägt vor, dass bei der Sansenhecke Buchen ein neuer Investor eingestiegen sei. Auch hier sei der Landkreis Anlieferer, weshalb er eine Kostensteigerung befürchte. Er fragt, warum sowohl in Guggenberg als auch in Erlenbach Maschinen gekauft anstatt gemietet worden seien, er befürchte einen Verlust.

Frau Heim erklärt, dass es von Anfang an so konzipiert worden sei. Das Gerät in Guggenberg sei zunächst angemietet worden, um Erfahrungen damit zu sammeln. Das Gerät sei für gut befunden worden, sodass man nun vorschlage, es zu kaufen. Dies sei langfristig die günstigere Lösung. In Erlenbach müsse der dieselbetriebene Radlader ersetzt werden. Der Radlader in Bürgstadt sei gut, sei aber nicht ganz so leistungsstark wie die, die in der Umschlaghalle eingesetzt werden. Deswegen habe man sich nochmal für Diesel entschieden.

Kreisrätin Frey möchte wissen, ob man den Radlader noch einmal mieten könnte, um danach auf ein Elektrogerät umzusteigen und hinterfragt die deutlichen Kostensteigerungen für den betriebsärztlichen Dienst und den Leistungen für Wertstoffhöfe.

Frau Heim erklärt, dass der Wertstoffhof Bürgstadt im September 2017 in Betrieb gegangen sei und in diesem Monat bereits der Haushalt für 2018 verabschiedet worden sei, so dass

man noch keine belastbaren Zahlen hatte. 2018 habe man den Haushalt für 2019 gemacht und eine Kostensteigerung erlebt. Zum einen habe man Bürgstadt gepusht und alles für mehr Anlieferungen getan, mit dem Ergebnis, dass dann mehr Wertstoffe bewegt werden müssten. Insgesamt würden die Anlagen gut genutzt.

Man müsse auch klar sagen, dass gerade das Entgegenkommen durch eine mögliche Anlieferung von bis zu 200kg Asbest auch in Erlenbach, um dem nördlichen Bereich die lange Anfahrt nach Guggenberg zu ersparen, sehr gut und gerne angenommen werde. Dies seien dann die steigenden Kosten im Transportbereich.

Die Kostensteigerung für Betriebsärzte erkläre sich, weil einfach mehr zu tun sei. Zum einen sei Bürgstadt dazugekommen, das heißt mehr Mitarbeiter. Außerdem sei eine weitere Gefährdungsbeurteilung dazugekommen, die gemacht werden musste.

Da man zunehmend viele Teilzeitkräfte habe, seien zwar die Vollzeitäquivalente nicht gestiegen, dennoch müsse jede Teilzeitkraft zum Betriebsarzt.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz empfiehlt dem Kreistag einstimmig,

den vorliegenden Entwurf des Müllhaushalts für das Jahr 2020, einschließlich Investitionsplan, im Rahmen der Verabschiedung des Kreishaushalts mit zu beschließen.

Tagesordnungspunkt 4:

Vorstellung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2018 der Kommunalen Abfallwirtschaft – Betrieb gewerblicher Art

Frau Goldschmitt trägt vor, dass der Landkreis seit 2004 das eingesammelte Altpapier selbst vermarktet. Auch die direkten und indirekten Verträge über Leistungen für und mit den dualen Systemen wurden zum 01.01.2004 auf neue Grundlagen gestellt.

Zuletzt wurde dem Gremium in der Sitzung am 13.12.2018 der Jahresabschluss 2017 vorgestellt.

Der Jahresabschluss wurde durch den Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband erstellt.

Die Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2018 ergab eine Erstattung von 22.860,92 €.

Auch für 2018 fallen weder Körperschafts- noch Gewerbesteuerzahlungen an den vier Standortgemeinden des Landkreises an.

Landkreis Miltenberg

Kommunale Abfallwirtschaft – BgA

	Bilanzsumme	Jahresgewinn lt. Bilanz und GuV
2004	251.629,21 €	74.710,44 €
2005	449.633,21 €	101.682,16 €
2006	625.479,86 €	64.381,60 €
2007	773.809,81 €	33.039,10 €
2008	325.593,39 €	- 126.543,70 €
2009	271.342,14 €	- 143.033,37 €
2010	203.244,17 €	- 47.148,61 €
2011	134.192,65 €	8.321,98 €
2012	169.747,44 €	- 24.566,66 €
2013	226.319,74 €	35.298,58 €

2014	317.470,07 €	20.688,22 €
2015	288.323,54 €	-11.958,82 €
2016	304.158,34 €	-57.231,69 €
2017	301.940,27 €	-100.043,41 €
2018	259.813,82 €	-123.384,57 €

In 2018 sind die Erlöse aus der Papiervermarktung stark zurückgegangen.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz fasst den einstimmigen

B e s c h l u s s :

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz erkennt den vorgelegten steuerlichen Jahresabschluss für das Jahr 2018 der Kommunalen Abfallwirtschaft, Teilbereich Betrieb gewerblicher Art, an und stellt ihn wie folgt fest:

- Bilanz in Aktiva und Passiva	259.813,82 €
- Jahresverlust lt. Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung	- 123.384,57 €

Der Jahresverlust wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Tagesordnungspunkt 5:

Beschaffung von Diesel für die Abfallwirtschaftsanlagen des Landkreises Miltenberg – Ermächtigungsbeschluss

Frau Heim trägt vor, dass für die Kreismülldeponie Guggenberg und die Müllumladestation Erlenbach pro Jahr ca. 120.000 Liter Diesel benötigt werden. Die derzeitige Vereinbarung mit der Fa. BayWa AG endet am 31.03.2020. Daher wird die Landkreisverwaltung die Diesellieferung für die Zeit vom 01.04.2020 bis zum 31.03.2021 im Frühjahr wieder öffentlich ausschreiben. Die Angebote enthalten in der Regel indexbezogene Tagespreise mit individuellen Aufschlägen. Zum Zeitpunkt der Beauftragung belief sich die Auftragssumme für die Diesellieferung ca. 141.500 € brutto.

Nachdem für Frühjahr 2020 keine ENU-Sitzung geplant und aus Sicht der Kommunalen Abfallwirtschaft außer für die Auftragsvergabe für die Beschaffung von Diesel nicht erforderlich ist, bitten wir den Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz, die Landkreisverwaltung zu ermächtigen, den Auftrag für die Lieferung von Diesel für die Kreismülldeponie Guggenberg und die Müllumladestation Erlenbach an den durch öffentliche Ausschreibung ermittelten günstigsten Bieter zu vergeben.

Kreisrat Dotzel möchte wissen, wie hoch die Lagerkapazitäten für Diesel in Erlenbach und Guggenberg sind.

Frau Heim erklärt, dass die Lagerkapazitäten in Erlenbach 10.000 Tonnen, in Guggenberg 3.000 Tonne nund in Bürgstadt 0 Tonnen betragen würden. Aufgrund von Genehmigungsrechten habe man nicht mehr Lagerkapazitäten. In Erlenbach fehle der Platz für einen weiteren überirdischen Tank. Mit dem momentanen Anbieter funktioniere die Anlieferung problemlos.

Kreisrat Weber fragt, ob es möglich sei, die aktuelle Menge von 120.000 Litern Diesel perspektivisch zu verringern.

Frau Heim antwortet, dass man sich natürlich über eine Reduzierung Gedanken mache. Ein Großteil des Diesels würde für den LKW-Transport gebraucht, was sich kaum ändern lasse. Ansonsten sei man bei Neubeschaffungen daran interessiert, verbrauchsarme Modelle zu erwerben. Jedoch müssten die Leistung und der Verbrauch immer zusammenpassen, es sei ein Abwägungsprozess.

Kreisrat Maurer fragt, ob damit zu rechnen zu sei, dass aufgrund neuer Ökogesetze ab 2021 mit höheren Kosten zu rechnen sei.

Frau Heim gibt zur Antwort, dass dies im Rahmen der Gebührenkalkulation noch nicht in voller Bandbreite absehbar gewesen sei. Dies sei unter anderem ein Grund, weshalb man sich nach Alternativen umsehe.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz fasst den einstimmigen

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz ermächtigt die Landkreisverwaltung, den Auftrag für die Lieferung von Diesel für die Kreismülldeponie Guggenberg und die Müllumladestation Erlenbach für die Zeit vom 01.04.2020 bis 31.03.2021 an den durch öffentliche Ausschreibung ermittelten günstigsten Bieter zu vergeben.

Tagesordnungspunkt 6:

Bericht des Energiemanagements

Herr Randig, Klimaschutzmanager, und Herr Wosnik tragen vor, dass zu Aufgaben des Klimaschutzmanagements im Landratsamt Miltenberg das Energiemanagement der Landkreisliegenschaften gehört. Ergänzend zum Bericht des Klimaschutzmanagements vom 17.10.2019 folgt der Bericht des Energiemanagements.

Im Bereich der Kreisliegenschaften lassen sich im Sinne des Klimaschutzes prinzipiell drei Ansätze verfolgen, auch bekannt unter dem energetischen Dreisprung: 1. Energieeffizienz, 2. Einsatz erneuerbarer Energien und 3. Energieeinsparung. In allen drei Bereichen sind in den vergangenen Jahren bereits Fortschritte erzielt worden, z.B.:

- Im Bereich der Effizienz durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken und LED Beleuchtungstechnik;
- Im Bereich der erneuerbaren Energien durch die Nutzung von Biomasse in den Heizzentralen und den Einsatz von Photovoltaik auf den Dächern,
- Im Bereich der Energieeinsparung durch die Nutzersensibilisierung, z.B. durch das Projekt Ökoprotit und diverse Hausmeisterschulungen.

Die Einführung des Energiemanagementsystems hat die Zielsetzung, durch die systematische Erfassung und Bewertung der Energieverbrauchsdaten Verbesserungspotentiale zu erkennen und daraus Maßnahmen abzuleiten.

Im vergangen Jahr 2018 sind zwei ausführliche Energieberichte vorgestellt worden, in der Zwischenzeit sind u.a. folgende Themen bearbeitet worden:

- Optimierung des Nahwärmenetzes im Schulzentrum Miltenberg

- Planung des Photovoltaik Ausbauprogramms für die Landkreis Liegenschaften um einen möglichst großen Anteil des Strombedarfs durch eigenen Solarstrom zu decken
- Detaillierte Energieberichte an die Schulkommission
- Umrüstung der Beleuchtung in der Untermainhalle auf LED im Sommer 2019
- Neue Betreiberverantwortung Heizzentrale Elsenfeld, erneute Inbetriebnahme Holzhackschnitzel Kessel im Frühjahr 2019
- Schulbauprogramm (Teilbereich Sporthallen, RSO – Klimaneutral)
- Verkehrsvermeidung auf Kurzstrecken (Dienstrad)
- Schulung Hausmeister
- Photovoltaik Abfallwirtschaft
- Heizungspumpentausch in diversen Liegenschaften
- Ladepunkte E-Mobilität des Projekts „Wald erFahren“ an drei Liegenschaften

Zu den Aufgaben gehört auch die Energiebeschaffung, der Ausschuss ist u.a. über folgende Beschaffungsmaßnahmen im Detail informiert worden:

- Bündelausschreibung Strom 2020 – 2022
- Hackschnitzel Lieferung und Betreiberverantwortung
- Erdgas Ersatzbeschaffung Landkreis Nord 2019 und 2020

Stromverbrauch

Im Gegensatz zum Gesamtstromverbrauch der Kreisliegenschaften, der vor allem in den Schulen über die vergangenen Jahre angestiegen ist, konnten die Stromkosten durch aufwendigere Vergabeverfahren, zuletzt in Form einer Bündelausschreibung in einem Los gemeinsam mit weiteren Kommunen und insgesamt über 600 Abnahmestellen, im Gegenzug konstant gehalten bzw. sogar etwas reduziert werden.

Wärmeverbrauch

Der Wärmeverbrauch der Schulzentren Miltenberg und Erlenbach ist über die Jahre relativ konstant, wobei berücksichtigt werden sollte, dass sich sowohl das HSG wie auch das JBG seit Jahren in Sanierung befinden. Diese Arbeiten führen zeitweise zu deutlichen Mehrverbräuchen, nach abgeschlossener Sanierung ist ein deutlicher Rückgang zu erwarten.

Die Heizzentrale Elsenfeld wird bereits über ein Jahrzehnt mit Erdgas in Kombination mit einem Holzhackschnitzel Kessel versorgt. In den letzten Jahren ist sowohl der Gesamtenergieverbrauch als auch der Erdgasanteil in der Ko-Feuerung deutlich angestiegen, was u.a. auf mangelnde Qualität der in diesem Zeitraum gelieferten Holzhackschnitzel zurückzuführen ist.

Um diesen Mangel zu beheben ist im Frühjahr 2019 die Holzhackschnitzellieferung neu im Paket vergeben worden, der Auftragnehmer ist nun auch für die Wartung und den Betrieb der Anlage verantwortlich. Dadurch wird erwartet, dass die Anlagen im Winter 2019/2020 wieder einen großen Anteil des Wärmebedarfs durch Holzhackschnitzel decken kann.

Erfreulich ist die Entwicklung der Heizzentrale Obernburg: hier leistet der Holzhackschnitzelkessel konstant einen hohen Beitrag zur Wärmebereitstellung, insgesamt sind die Wärmeverbräuche rückgängig, was u.a. auf die Sanierung der Realschule zurückzuführen ist.

In der Gesamtbetrachtung ist der Wärmeverbrauch der Kreisliegenschaften in den vergangenen Jahren leicht rückgängig, ein Trend der sich nach Abschluss des Schulbauprogramms

2 weiter fortsetzen sollte. Gleichzeitig ist es gelungen, die Beschaffungskosten von Erdgas und Holzhackschnitzeln in den vergangenen Jahren signifikant zu reduzieren. Ausschlaggebend war dabei die europaweite Vergabe der Erdgaslieferungen für die Jahre 2018, 2019, 2020, die, wenn man die Schwankungen beim Erdgaspreis betrachtet, rückblickend zu einem günstigen Zeitpunkt durchgeführt wurde.

Leuchtturmprojekt Abwärmenutzung am Schulzentrum Miltenberg

Seit dem 10. Oktober 2017 versorgt die Firma FRIPA Papierfabrik Albert Friedrich KG das Schulzentrum Miltenberg über ein Nahwärmenetz mit Wärme. Dabei handelt es sich um ein innovatives Projekt aufgrund der nahtlosen, fairen und nachhaltigen Zusammenarbeit aller Projektbeteiligten, das auch in das pädagogische Konzept der Schulen eingebunden wird.

Bereits im Jahr der Inbetriebnahme konnten ab Oktober rd. 84%, im gesamten Jahr 2018 dann bereits 88% des Wärmebedarfs des Schulzentrums durch die Abwärme gedeckt werden. Über den Sommer 2018 ist die Anlage optimiert worden und bringt seitdem noch mehr Leistung: Im gesamten Winter 2018/2019 rund 96,5% der Wärmeversorgung des Schulzentrums aus der Abwärme der Fa. FRIPA bereitgestellt worden.

Im Ergebnis ist der Bezug von Erdgas, welches nur noch in Ausnahmefällen zum Einsatz kommt, z. B. wenn bei der Fa. FRIPA eine Wartung stattfindet, im Jahr 2018 um rd. 87% zurückgegangen, im ersten Halbjahr 2019 ist ein Rückgang von rd. 95% erzielt worden. Aus Sicht des Klimaschutzes konnten durch die Maßnahme 2017 und 2018 bereits 436 t CO₂ eingespart werden.

Ziele der Bundes- und Landesverwaltung

Im Klimaschutzprogramm 2030 des Bundes heißt es: *„Die Bundesverwaltung nimmt ihre Vorbildfunktion ernst und wird weitere Aktivitäten hin zu einer treibhausgasneutralen Bundesverwaltung bis 2030 umsetzen“*; und später *„BMU und BMZ entwickeln für ihre Geschäftsbereiche einen Maßnahmenplan und eine entsprechende Roadmap, um ihre Dienststellen bereits bis 2020 klimaneutral zu stellen, soweit erforderlich auch über Kompensation. Die Erfahrungen von BMU und BMZ und „beste Beispiele“ werden der gesamten Bundesverwaltung zur Verfügung gestellt.“* Bereits 2019 soll ein *„Energieeffizienzerlass des Bundeskabinetts für klimaneutrale Neu- und Erweiterungsbauten sowie Gebäudesanierungen des Bundes zur verbindlichen Festlegung der Anforderungsniveaus für neu zu errichtende Gebäude und Bestandsgebäude des Bundes“* verabschiedet werden. Diesen Erlass gilt es dann auf Anwendbarkeit für die Kreisliegenschaften zu prüfen.

In der Pressemitteilung zur Verhandlung des Bayerischen Klimaschutzgesetzes im Kabinett heißt es unter der Überschrift *„Bayern startet Klimaschutzoffensive / Zehn-Punkte-Plan mit 96 Maßnahmen für Klimaschutz in Bayern beschlossen“* weiter: *„Die bayerische Staatsverwaltung soll bereits bis zum Jahr 2030 die Klimaneutralität erreichen. Dazu wird eine Kompensationsplattform für staatliche Stellen aufgebaut.“*

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Weg zur Klimaneutralen Verwaltung auf Landes- und Bundesebene noch nicht im Detail feststeht. In beiden Fällen steht auch im Raum, dass ein Teil der Emissionen durch Kompensationsmaßnahmen erfolgen könnte. Die Verwaltung beobachtet die Entwicklung und wird in Zukunft über Neuigkeiten berichten.

Ausblick Aktivitäten Energiemanagement

Das Energiemanagement der eigenen Liegenschaften wird thematisch durch das Management System European Energy Award (EEA) ausgeweitet. Neben den Klimawirkungen der Gebäude werden durch den EEA u.a. die Maßnahmenbereiche Entwicklungsplanung,

Raumordnung, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, interne Organisation und Kommunikation und Kooperation systematisch bewertet.

Des Weiteren wird geprüft, welche Ziele auf dem Weg zu einer Klimaneutralen Landkreisverwaltung in den nächsten Schritten angegangen werden können. Dafür dienen der Bund sowie die Staatsregierung als Vorbild.

Kreisrat Weber fragt, ob bei den Ansätzen zum Klimaschutz in Gebäuden die Hausmeister auch eingebunden seien.

Herr Wosnik antwortet, dass der Hausmeister und die Firma Einblick in dieselbe Software hätten. Der Hausmeister sei erfahren im Betrieb der Anlage und bringe positive Kritiken vor, die den Betreiber in die Lage versetzen würden, noch besser zu werden.

Kreisrat Weber möchte wissen, ob es sich in Obernburg und in Elsenfeld jeweils um den gleichen Lieferanten von Holzhackschnitzeln handle.

Herr Wosnik erklärt, dass man bei der Entscheidung der Vergabe des Betreibers am Schulzentrum Elsenfeld einen Vorteil in der systematischen Vorgehensweise sehe. Man habe aber nicht gleich mit beiden Liegenschaften in diese Richtung gehen wollen. Die Brennstofflieferung sei mit Ausschreibung ermittelt worden und in Obernburg habe derselbe Lieferant wie in Elsenfeld die Ausschreibung gewonnen. Beide Heizzentralen würden also aktuell mit demselben Hackschnitzelmaterial betrieben. Bei der einen habe der Betreiber die Betriebsführung der Kesselanlage unter sich, bei der anderen sei es der Hausmeister. Die Heizzentrale in Obernburg sei in die Jahre gekommen, deswegen habe man jetzt Instandsetzungsarbeiten durchgeführt, sodass sie jetzt wieder die volle Leistung bringe.

Die Nahwärmeversorgung in Miltenberg würde in einem Amortisationsverfahren betrieben, sodass man bis zur Amortisation der Anlage keine Wärmebezugskosten zahlen müsse. Im Moment sei man mit der FRIPA in der Diskussion, wie die Investitionen der FRIPA wieder an diese zurückfließen. Deswegen habe man noch keinen festen Wert für die Kosten.

Landrat Scherf erwähnt, dass der Ausschuss im nächsten Jahr den Energiebericht 2020 erhalten würde, der neben dem Schulzentrum Miltenberg Nord auch die CO₂ Bilanz der anderen Schulzentren enthalten werde.

Kreisrat Dr. Fahn führt an, dass der Wärme- und Stromverbrauch konstant hoch sei bzw. kaum sinke und fragt, welche Ziele man für die Zukunft habe. Beim Thema Klimaneutralität solle das Ziel sein, den CO₂ Ausstoß zu senken. Der CO₂ Verbrauch pro Kopf und Jahr beträgt in Bayern 9t, am Untermain 11t. Am Gesamtenergieverbrauch betrage der Anteil der landkreiseigenen Gebäude nur 0,3%. Die Vorbildwirkung des Landkreises sei sehr wichtig.

Landrat Scherf erklärt, dass der Bayerische Untermain der industrielle Kern der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main sei, was den überdurchschnittlich hohen CO₂ Verbrauch erkläre. Man fände in der gesamten Metropolregion nicht so viel Produktion wie am Bayerischen Untermain. Im Landkreis Miltenberg habe man aktuell über 44.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon die Hälfte in der Produktion. Alleine deswegen sei der Energieverbrauch sehr hoch. In der ersten Evaluierung der Klimabilanz könne man sehen, dass die Industrie- und Gewerbebetriebe mit über 10% bereits überdurchschnittlich viel eingespart hätten. Die Frage sei, ob man den Verbrauch bei der Produktion messe oder man nicht am Ende die Pro-Kopf-Bilanz danach berechnen müsse, was jemand verbrauche. Der tatsächliche Verbrauch im Landkreis Miltenberg sei eigentlich niedriger. In vielen anderen Landkreisen würde nichts produziert, deswegen dürfe man das nicht vergleichen.

Deutlich besser sei der Landkreis Miltenberg bei der Produktion des Stroms. 36% würden regenerativ erzeugt.

Bezüglich seiner Vorbildfunktion habe der Landkreis in den vergangenen Jahren viel getan. Man denke an die beiden Generalsanierungen nach einer nachhaltigen Lebenszyklusbeurteilung oder das innovative und CO₂ einsparende Nahwärmenetz. Das Landratsamt in Miltenberg würde weiterhin mit zertifiziertem Ökostrom versorgt. Der zweite Schritt sei die Installation einer weiteren Photovoltaikanlage. Der dritte Schritt sei die Planung einer möglichst CO₂ neutralen Wärmeerzeugungsanlage.

Beim Energieverbrauch werde man das Energiemanagement im Landratsamt professionalisieren, die bestehende Lüftungsanlage umbauen, die zentrale Kaltwasseranlage für die Klimatisierung erneuern, den Austausch der restlichen Multi-Split-Klimaanlage und den CO₂ Verbrauch bei der Beschaffung im Landratsamt beachten, zum Beispiel die erfolgte Klimaneutralstellung des Postversandes.

Man werde perspektivisch auch die Beleuchtungsanlage des Landratsamtes auf LED umstellen, die Verglasung umtauschen, die Wärmedämmstandards verbessern und eine nachhaltige Beschaffungsstrategie zu etablieren.

Insgesamt sei die Brückenstraße 2 ein Gebäude mit etwas älterer Baustruktur, weshalb man nur mit technischen Maßnahmen hier mittelfristig keine Klimaneutralstellung erwarten könne und deswegen natürlich auch den CO₂ Verbrauch durch Kompensationsmaßnahmen ausgleichen müsse.

Beim Thema hausinterne Mobilität habe man bereits das Jobticket für Mitarbeiter eingeführt und den Fuhrpark bereits schrittweise auf E-Mobilität umgestellt, dies werde man weiter ausbauen.

Dienstfahrten sollen durch möglichst viele Personen gemeinsam in einem Auto reduziert werden und dass man so oft wie möglich die Bahn oder das Fahrrad nutzen solle.

Ergänzend dazu werde man bei Schulsanierungen im Bau, in der Sanierung und im späteren Betrieb Einflussmöglichkeiten nutzen, um möglichst viel Energie zu sparen.

Herr Wosnik ergänzt, dass bei der aktuellen Neuplanung der Realschulturnhalle Obernburg die Aufgabenstellung sei, ein Niedrigst-Energiehaus zu bauen. Als Landkreis läge man deutlich über den gesetzlichen Anforderungen mit dem, was man im eigenen Baubereich als Zielstellung formuliere. Das Landratsamt Miltenberg habe einen hohen Anteil an grauer Energie geschluckt, deshalb sei die Weiterentwicklung des Gebäudes deutlich sinnvoller als ein Neubau.

Kreisrätin Dr. Schüßler rät, dass man bei der Neuanschaffung und beim Ersatz von Elektrogeräten auf eine niedrige Energieeffizienzklasse achten solle und fragt, ob es möglich sei, dass BürgerInnen sich am Photovoltaikausbauprogramm beteiligen, da viele keine eigene Anlage haben können oder wollen, zum Beispiel in landkreiseigenen Liegenschaften oder auf landkreiseigenen Flächen.

Herr Wosnik antwortet, dass man zunächst erstmal mit dem Eigenverbrauch der eigenen Liegenschaften beginnen wolle. Es sei aber in der Vorstellung des Programms schon einmal Thema gewesen. Theoretisch sei es möglich, die organisatorischen Voraussetzungen dafür müsse man aber erst noch erarbeiten.

Kreisrat Maurer merkt an, dass das Ergebnis des vernünftigen Austarierens von klimafreundlichen Maßnahmen und der erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung die geringe Arbeitslosenquote von unter 3% sei. Der Einkommensindex der Bevölkerung im Landkreis Miltenberg sei nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. Man sei auf dem richtigen Weg, doch Optimierung sei immer gut. Klimafreundlichkeit und wirtschaftliche Entwicklung sähen zwar zunächst nach einem Konflikt aus, aber letztendlich könne man dies gut austarieren. Zufriedenheit in der Bevölkerung und eine stabile Einkommensstruktur seien für die Zukunft des Landkreises Miltenberg sehr wichtig.

Herr Wosnik sagt, dass man im Rahmen des Klimaschutzmanagements auch verstärkte Gewichtung auf die Beratung der privaten Haushalte gelegt habe und die Beratungsintensität

zusammen mit der Verbraucherzentrale gesteigert habe. Im privaten Bereich seien gute Rückgänge zu verzeichnen, was sehr positiv sei. Was jetzt auch von der großen Politik angegangen werden müsse, sei der Verkehr. Dabei werde es schwierig, eine Vorbildwirkung durch den landkreiseigenen Verkehr zu zeigen. Aber hieran werde auch bereits gearbeitet, zum Beispiel durch das Radverkehrskonzept. Man versuche die Vorbildwirkung, die man entwickeln könne, auch wirklich umzusetzen. Dies sei wichtig, denn rund ein Drittel des CO₂-Ausstoßes ließe sich auf den Verkehr zurückführen und bisher sei dort noch kein Rückgang zu verzeichnen. Der Appell an jeden sei, den Verkehr auf das Sinnvolle zu beschränken.

Landrat Scherf ergänzt die entscheidenden Weichenstellungen, wie die Initiative für die Verdichtung des Taktverkehrs des Regionalexpress oder das Radwegekonzept. Es seien viele Maßnahmen, die man Schritt für Schritt umsetzen müsse.

Kreisrat Dotzel betont, dass es sehr wohl Erfolge gäbe, die man vorweisen könne. Aber es fehle ihm trotzdem zum Teil ein roter Faden, unter anderem eine Vernetzung zu anderen Landkreisen für eine gemeinsame Lösung, denn man müsse nicht immer das Rad neu erfinden. Daran könne man in den nächsten Jahren noch arbeiten.

Landrat Scherf antwortet, dass die Vernetzung am bayerischen Untermain über die Energieagentur stattfände. Dennoch könne man überall voneinander lernen.

Man solle den Vergleich mit anderen suchen und nicht fürchten, so Wosnik. Die Vernetzung sei durch Herrn Randig gegeben, der in diversen Vernetzungskreisen mit dabei sei. Nicht nur am bayerischen Untermain, denn durch die Energiegenossenschaft in Würzburg sei man auch mit anderen Energieberatern vernetzt. Allerdings sei Vernetzung auch zeitintensiv und aktuell könne man an den personellen Kapazitäten nicht viel drehen.

Kreisrat Dr. Fahn merkt an, dass der Anteil der regenerativen Energien im Landkreis Miltenberg am Stromverbrauch aktuell bei 35% liegt. Momentan gäbe es viele Initiativen, um diesen Prozentsatz bis hin zu 100% zu erhöhen. Er fragt, wie man diesen Anteil von 35% noch erhöhen könnte.

Landrat Scherf antwortet, dass die landes- und bundesweiten Rahmenbedingungen dafür schlecht seien und solange man keine besseren Rahmenbedingungen bekäme, könne man der Kommunalpolitik keine Untätigkeit vorwerfen.

Kreisrat Ullmer ergänzt, dass es gesteckte Klimaziele nicht zum Nulltarif gäbe. Durch ein Förderprogramm sei die Technologie nun weit entwickelt und sehr effizient. Die einzigen Windräder im Landkreis Miltenberg seien sehr effizient. Dennoch werde man sie nicht weiterlaufen lassen, wenn es keinen wirtschaftlichen Anreiz dafür gäbe. Wenn man aber irgendwo klimaneutral weiterkommen wolle, dann müsse dies einen Preis haben und diesen müsse jeder zahlen.

Landrat Scherf fordert eine gesamtgesellschaftliche Diskussion. Wenn man Klimaschutz wolle, müssen alle bereit sein, ihren Beitrag zu leisten, doch man erlebe bei jeder einzelnen Maßnahme Widerstand. Diese Egoisten müssten aufhören, man habe einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag. Beim Klimaschutz gehe es um die Sicherung der Lebensgrundlagen, dies müsse man gemeinsam anpacken.

Kreisrat Blankart ergänzt, dass es hierbei wichtig sei, die Landwirtschaft und die Landwirte mitzunehmen und die Sache realistisch zu betrachten. Die deutschen Landwirte hätten im Schnitt einen Rückgang des Gewinns um 18% erlebt. Aus einem durchschnittlichen Gewinn von knapp 50.000 € müsse der Landwirt die Sozialversicherungen zahlen und Rücklagen bilden für die nächste größere Investition. Im Vergleich mit einem normalen Bruttolohn plus Sozialversicherungen und Investitionszulagen sei dies ein sehr niedriger Gewinn. Es sei eine

Illusion zu glauben, dass die Landwirte damit noch viel investieren könnten. Man müsse diesen Bereich wirklich stärken und den Landwirten nicht immer nur mehr Auflagen aufdrücken.

Landrat Scherf erklärt, dass die Energiewende nicht am Landratsamt, nicht am Landkreis, nicht an den Bürgermeistern und an keinem einzigen Gemeinderatsgremium im Landkreis Miltenberg scheitere. Man benötige vernünftige Rahmenbedingungen, die man jetzt nicht habe, damit man vor Ort noch konsequenter handeln könne.

Der Ausschuss für Energie, Natur- und Umweltschutz nimmt die Ausführungen des Berichts des Energiemanagements zustimmend zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

gez.

Scherf
Vorsitzender

gez.

Zipf-Heim
Schriftführerin